

Populismus, Radikalisierung, Normalisierung? Normalistische Konzepte in der neueren deutschen Rechtsextremismusforschung

Holger Oppenhäuser

Zusammenfassung: Der Beitrag untersucht die jüngere deutsche Rechtsextremismusforschung mit einem diskursanalytischen Zugang und fokussiert insbesondere auf die Konjunktur der Begriffe Rechtspopulismus, Radikalisierung sowie jüngst Normalisierung. Dies wird jeweils anhand einiger empirischer Beispiele beschrieben und als Ausdruck eines generellen ‚Normalismus‘ (post-)industrieller Gesellschaften analysiert. Den theoretischen und methodologischen Hintergrund bilden Jürgen Links Interdiskurtheorie und seine daran orientierte Analyse des Normalismus. Ziel des Beitrages ist es, für die Effekte einer entsprechenden wissenschaftlichen Konstruktion des Gegenstandes zu sensibilisieren.

Schlüsselbegriffe: Rechtspopulismus, Radikalisierung, Normalisierung, Normalismus, Rechtsextremismusforschung

Populism, radicalization, normalization? An analysis of normalistic concepts in current research on the far right in Germany

Summary: The article analyses recent German research on right-wing extremism using a discourse-analytical approach. It focuses in particular on the frequent use of the terms right-wing populism, radicalisation and normalisation. Each of these tendencies is described with reference to some empirical examples. After that, the whole phenomenon is analyzed as an expression of a general ‚normalism‘ of (post-)industrial societies. The theoretical and methodological background is provided by Jürgen Link’s theory of interdiscourses and especially his analysis of normalism based on it. The article aims at raising awareness of the effects of this kind of normalist construction of the topic in social sciences.

Keywords: Populism, Radicalization, Normalization, Normalism, Far-right research

Während der Arbeit an diesem Artikel kündigt der Piper-Verlag einen Sammelband namhafter Kenner:innen der nationalistischen Rechten an. Der Titel des Buches lautet: „Rechtsextrem, das neue Normal? Die AfD zwischen Verbot und Machtübernahme“. Im zugehörigen Text auf der Verlagsseite wird konstatiert, dass die AfD sich parteipolitisch etablieren konnte, während sich intern zugleich „ein immer extremerer Rechtskurs durchgesetzt“ hat, und der Klappentext ordnet dies in einen „auch international zu beobachtenden Trend der Normalisierung von Rechtsaußenpositionen“¹ ein. Ähnliche Formulierungen nutzen die Politologen Wolfgang Schroeder und Bernhard Weißels (2023) in ihrer AfD-Studie für die Otto-Brenner-Stiftung mit dem Titel „Radikalisiert und etabliert“. Sie konstatieren einen weitgehenden wissenschaftli-

1 www.piper.de/buecher/rechtsextrem-das-neue-normal-isbn-978-3-492-07317-2 (13.06.2024).

chen „Konsens darüber, dass sich die Partei im Zeitverlauf enorm radikalisiert hat, so dass die Zuordnung zur rechtspopulistischen Parteienfamilie als angemessen erachtet wird“ (Schroeder/Weßels 2023: 12 f.). Die entsprechenden parteiinternen Auseinandersetzungen deuten sie als Ausdruck des „für rechtspopulistische oder -konservative Parteien notorsche[n] Problem[s] der Abgrenzung zum Rechtsextremismus“ (Schroeder/Weßels 2023: 11). Auch von einer ‚Normalisierung des Rechtsextremismus‘ ist jüngst vermehrt die Rede. Exemplarisch sei auf die Kooperationsgruppe „Die Normalisierung der extremen Rechten“ verwiesen, die von 2022 bis 2024 an der Universität Bielefeld angesiedelt war und sich zur Aufgabe gemacht hat, „die Mechanismen der Verbreitung und Normalisierung rechtsextremen Denkens aufzudecken und darzustellen, wie sich die Grenzen des Normalen durch die Transformation des Sagbaren und Machbaren in der Demokratie verschieben“².

Die zitierten Formulierungen sind symptomatisch für eine aktuelle Tendenz in der Rechtsextremismusforschung. Einerseits zeigen sie Veränderungen der Empirie an: Es geht explizit um einen *Zeitverlauf*, es gibt einen *Trend*, etwas ist *neu*, hat sich *durchgesetzt*, wurde *verschoben*, eine *Verbreitung* und eine *Transformation* werden konstatiert. Andererseits werden diese diachronen Prozesse auf der Basis einer dauerhaften – wenn man so will, synchronen – semantischen Struktur gefasst, in deren Zentrum die Unterscheidung von *Normalität* und *Anormalität* beziehungsweise *Extremismus* steht. Dadurch werden die fraglichen Prozesse auf eine bestimmte Weise in (populär-)wissenschaftliches Wissen überführt. Im Folgenden wird diese semantische Struktur zunächst genauer rekonstruiert und als wesentliches Element des von Jürgen Link analysierten ‚Normalismus‘ eingeordnet (1). Anschließend wird die Bedeutung des Wortes Rechtspopulismus in diesem Zusammenhang sowie die entsprechende Einordnung der AfD (2) genauer beleuchtet. Danach werden Radikalisierung (3) und Normalisierung (4) als normalistische Prozessbeschreibungen untersucht und die (nicht-intendierten) Effekte entsprechender sozialwissenschaftlicher Konstruktionen betont. Die Analyse der drei Begriffe beruht jeweils auf zwei methodischen Schritten. Zum einen wird die Begriffskonjunktur anhand einer quantitativen Auswertung des Kataloges der Deutschen Nationalbibliothek beschrieben und zeitlich in den jeweiligen gesellschaftlichen Kontext eingeordnet. Zum anderen wird die Verankerung der Begriffe in einer normalistischen Grundstruktur mittels einer qualitativen Analyse exemplarischer Texte und Bildelemente herausgearbeitet. In einem knappen Schluss (5) wird dafür plädiert, die normalistische Terminologie zu meiden. Alternativ werden konkrete inhaltliche Zugriffe auf den Gegenstand der Forschung sowie eine Orientierung am gesellschaftlich Möglichen statt am konkret Gegebenen vorgeschlagen.

1 Das Normalitätsdispositiv und die Rechtsextremismusforschung

Abb.1: Die Struktur der einleitend zitierten Quellen

Linksaußenposition		Mitte links	Mitte	Mitte rechts	Rechtsaußenposition		
Links-extremismus	Links-populistische Parteien	Sozialdemokratische Parteien		konservative Parteien		Rechts-populistische Parteien	
Extrem, Anormal		Etabliert <= Grenzen des Normalen, Sagbaren und Machbaren => Abgrenzung zum Rechtsextremismus =>				Extrem, Anormal	

In Abb. 1 ist die semantische Struktur der einleitenden Zitate abgetragen. Die Worte in den hellen Feldern kamen so explizit vor, die grau hinterlegten können draus abgeleitet werden. Zu sehen ist die bekannte Unterscheidung von politischer Mitte und Extremismus auf der rechten und der linken Seite des politischen Spektrums, mit einer Übergangszone des Populismus, welche die Rechtsextremismusforschung seit Langem prägt und auf der nicht zuletzt die berühmte Hufeisenfigur der Extremismus-Theorie beruht (zum Folgenden Oppenhäuser 2011). Der Literaturwissenschaftler und Diskurstheoretiker Jürgen Link (2006: 419–428) hat diese Struktur empirisch rekonstruiert und als wesentlichen Teil eines politischen Normalitätsdispositivs ausgewiesen, durch das bestimmte politische Positionen oder auch Parteien als normal und andere als anormal eingeordnet werden können. Derzeit dürfte in Deutschland beispielsweise die grundsätzliche Anerkennung des anthropogenen Klimawandels im Normalspektrum liegen, während dessen explizite Leugnung ebenso wie bestimmte darauf bezogene Formen zivilen Ungehorsams („Klimakleber“) als anormal gelten. Diese Codierungen sind relativ flexibel und können sich verändern. In der politischen Auseinandersetzung ist entscheidend, welche Positionen und Akteur:innen jeweils als Teil des legitimen Normalbereiches gelten. Dementsprechend gibt es, wie die untere Zeile in Abb. 1 zeigt, permanente politische Auseinandersetzungen um den Verlauf der Normalitätsgrenzen. Die Einordnung bestimmter Positionen im politischen (Normal-)Spektrum sind zwar zu einem gewissen Grad arbiträr, aber keineswegs beliebig möglich. Denn sie hängen nicht zuletzt mit der statistischen Verteilung der entsprechenden Position zusammen. Wie Link (2006) herausgearbeitet hat, ist das politische Normalitätsdispositiv Teil eines allgemeinen Normalismus (post-)industrieller Gesellschaften³. Dieser beruht auf der Erhebung und statistischen Auswertung von Daten in allen möglichen Bereichen, zum Beispiel Einkommen, Krankheiten, sexuelle Praktiken, Konsumgewohnheiten oder politische Einstellungen. Dabei gilt – das ist ganz entscheidend – die Gaußsche Normalverteilung als positiv gewertete Normalität, während extreme Ungleichverteilungen als bedrohliche Denormalisierung gelten. So operiert auch

3 Link leistet hier eine Systematisierung und empirische Fundierung früherer Arbeiten zum Thema Normalität/Normalisierung von Foucault, Canguilhem, Castel und anderen.

das politische Normalitätsdispositiv und entsprechend könnte über Abb. 1 eine Normalverteilungskurve gelegt werden, deren extreme Enden die Grenzen der Normalität überschreiten, während die ‚Normalos‘, die in Umfragen ‚gemäßigte‘ Ansichten äußern – also zum Beispiel bei der Sonntagsfrage angeben, eine etablierte konservative oder sozialdemokratische Partei zu wählen – die Mehrheit in der Mitte bilden.

Mit dem Dispositivbegriff Foucaults (1978) weist Link darauf hin, dass hier unterschiedliche diskursive und nicht-diskursive Praktiken zusammenwirken und Machteffekte zeitigen. In der permanenten Feedbackschleife aus Befragungen durch Meinungs- und Wahlforschungsinstitute sowie der medialen Berichterstattung darüber in unzähligen Formaten a la ZDF-Politbarometer können die Subjekte stets überprüfen, welche Positionen derzeit wie bewertet werden und ob sie sich mit ihrer Meinung (noch) im Normalspektrum befinden. An der Produktion von Normalität wirkt darüber hinaus ein weites institutionelles Ensemble von Bildungseinrichtungen bis hin zum Inlandsgeheimdienst, der in seinen Berichten über die Grenze zwischen normalen und extremistischen Organisationen wacht, was handfeste administrative und juristische Folgen wie die Aberkennung der Gemeinnützigkeit haben kann.

Auch das Wissensfeld der sozialwissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung operiert in weiten Teilen innerhalb des politischen Normalitätsdispositivs. Besonders auffällig ist die enge Verbindung von Extremismustheorie und Geheimdienstpraxis sowie deren starke Prägung des Feldes schon durch die Etablierung des Oberbegriffes Rechtsextremismus. Hier fanden in den vergangenen Jahren allerdings auch deutliche Veränderungen statt. Auf der institutionellen Ebene ist – quasi spiegelbildlich zum Nexus Extremismustheorie/Verfassungsschutz – eine zunehmende Verzahnung der universitären Forschung mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, Archiven, Forschungs-, Beratungs- und Bildungseinrichtungen zu beobachten, die sich kritisch mit der nationalistischen Rechten auseinandersetzen. Diskursiv gehen diese Veränderung mit einer Ausweitung der untersuchten Phänomene, einer Pluralisierung der theoretischen und methodischen Zugänge sowie nicht zuletzt einer erhöhten Selbstreflexivität bezüglich der Begriffsbildung (exemplarisch FKR 2011; Virchow 2017; Grimm 2018; Berendsen/Rhein/Uhlig 2019) einher. Zeitschriften wie die ZREx oder Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit sind davon ebenso Ausdruck wie zahlreiche Sammelbände, etwa das Handbuch Rechtsextremismus (Virchow/Langebach/Häusler 2017; Virchow et al. 2024). Zuletzt hat sich der Einbezug der Zivilgesellschaft und die erhöhte Selbstreflexivität deutlich in der Ausgabe 2/2023 von Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit zum Thema Buzzwords gezeigt, in der unter anderem die Worte Extremismus, Mitte und Radikalisierung in jeweils zwei Beiträgen aus Sicht der Wissenschaft und aus Sicht der Praxis kritisch beleuchtet wurden.

Dennoch wirkt das Normalitätsdispositiv nach wie vor stark auf die Rechtsextremismusforschung ein⁴. Dies gilt nicht nur, weil sie sich etwas resignativ mit dem Oberbegriff des „Rechtsextremismus“ angefreundet hat, der sich eben „trotz aller berechtigter Kritik [...] sowohl im akademischen Feld als auch in öffentlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Kontexten weitgehend durchgesetzt“ hat, wie es im Editorial zur ersten Ausgabe der ZREx (1/21: 3) heißt. Vielmehr lassen sich, wie im Folgenden gezeigt wird, auch die aktuellen Begriffskonjunkturen, mit denen gesellschaftliche Entwicklungen, wie die Entstehung und Konsolidierung der AfD sowie anderer nationalistischer Parteien weltweit, gefasst werden,

4 In umgekehrter Perspektive könnte die Rechtsextremismusforschung als Teil des Normalitätsdispositivs analysiert werden.

vielfach entsprechend einordnen. Das ist insofern nicht weiter verwunderlich (und leugnet auch nicht die möglichen Erkenntnisgewinne entsprechender Beiträge) als dass der Normalismus eben ein häufig unbewusstes, tragendes Element der Gegenwartskultur ist. Dennoch sollte sich die Forschung dieser Tatsache und damit auch der eigenen Machteffekte bewusst sein. Die betrifft unter anderem den Begriff des Rechtspopulismus.

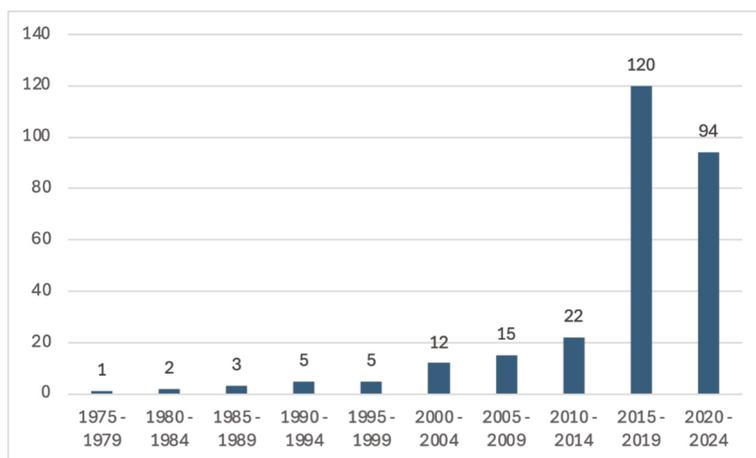
2 Der Rechtspopulismus-Boom und die Einordnung der AfD

Exemplarisch für die Debatte um Rechtspopulismus steht ein Band mit dem bezeichnenden Titel „Aufstand der Außenseiter“ von Frank Decker et al. (2022), der in der Reihe „International Studies on Populism“ bei Nomos erschienen ist. Darin schreiben die Autoren einleitend:

„In den 1970er- und 1980er-Jahren bildete sich [...] eine neuartige Parteienfamilie heraus. In der Konkurrenz verschiedener Begriffe hat sich deren Bezeichnung als ‚rechtspopulistisch‘ im wissenschaftlichen Sprachgebrauch weitgehend durchgesetzt. [...] Die Herausbildung und der Erfolg dieser Parteienfamilie haben eine politikwissenschaftliche Debatte um den Begriff des Populismus angestoßen. [...] Ab Beginn der 2000er-Jahre setzte sich in der Forschung ein gewisser Konsens durch.“ (Decker et al. 2022: 13)

Diese Chronologie deckt sich mit dem Erscheinen von Titeln zum Thema Populismus, die im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek verzeichnet sind (siehe Abb. 2).

Abb. 2: Neuerscheinungen mit Populismus im Titel laut Katalog der Deutschen Nationalbibliothek (Stand: Mai 2024)



Während bis zu Beginn der 1990er-Jahre gerade einmal sechs Bücher zum Thema Populismus erschienen und im Laufe des Jahrzehnts zehn weitere, hat sich die Anzahl der Neuerscheinungen zu Beginn des neuen Jahrtausends mehr als verdoppelt und explodiert gegen Ende der 2010er-Jahre mit 120 Titeln geradezu.

Jürgen Link (2002, 2008, 2020) hat diese Entwicklung bereits auf einer Tagung im Jahr 2001 als spezifischen Effekt des politischen Normalitätsdispositivs gedeutet. Wie er überzeugend darlegt, ist die Konjunktur des Populismusbegriffs weniger der immanent wissenschaftlichen Debatte geschuldet als der politisch-medialen Dynamik im Zuge der ersten Koalitionsbildung von FPÖ und ÖVP in Österreich⁵. Nach den Regeln des Normalitätsdispositivs konnte eine Regierungspartei nicht (weiterhin) als rechtsextrem bezeichnet werden und in dieser Situation setzt sich im politisch-medialen Diskurs die Bezeichnung rechtspopulistisch für die FPÖ (und ähnliche Parteien) durch. Der politisch-mediale Diskurs griff also auf einen in der Politikwissenschaft diskutierten Begriff zurück, um ein tagespolitisch drängendes Bezeichnungsproblem zu lösen. Die theoretischen Konzepte, die in den klassischen Texten der Populismusforschung (Dubiel 1986, Möller 2022) formuliert wurden, spielten dabei keine große Rolle. Die politisch-mediale Entwicklung wirkte dann aber wieder auf die Sozialwissenschaften zurück und löste einen Boom an Schriften zum Thema Populismus aus. Politisch fand damit eine ‚Normalisierung‘ der FPÖ und ihrer inhaltlichen Positionen statt, die sich sowohl auf die wissenschaftliche Einordnung von entsprechenden Akteur:innen als auch auf deren eigene taktische Positionierung ausgewirkt haben. „Anders als mit dem Stigma des ‚Rechtsextremismus‘ konnten Haider und die FPÖ mit der Bezeichnung ‚(Rechts-)Populismus‘ gut leben und eigneten sich diese Zuschreibung in den 1990er-Jahren als Marke an.“ (Jeitler 2023: 559) Entsprechend kann auch Gaulandes berühmter FAZ-Artikel „Warum muss es Populismus sein?“ vom 06. 10. 2018 gelesen werden, in dem er die Einordnung AfD als populistisch aufnimmt und positiv wendet⁶.

Auch in den Sozialwissenschaften wurde die AfD – trotz anfänglichen Zögerns (Lewandowsky 2015) – ebenfalls recht bald als rechtspopulistisch eingeordnet. Exemplarisch für die Debatte kann ein Aufsatz von Floris Biskamp (2021) mit dem Titel „Extrem populistisch? Über die Kategorisierung von Rechtsaußenparteien und die Einordnung der AfD“ herangezogen werden. Darin entwickelt Biskamp ein „Schema zur Klassifikation von Rechtsaußenparteien“ (siehe Abb. 3). Er bezieht sich dabei insbesondere auf Cas Mudde (2020)⁷, aber letztlich findet sich eine nahezu identische Terminologie auch bei Decker et al. (2022)⁸ und vielen weiteren Autor:innen.

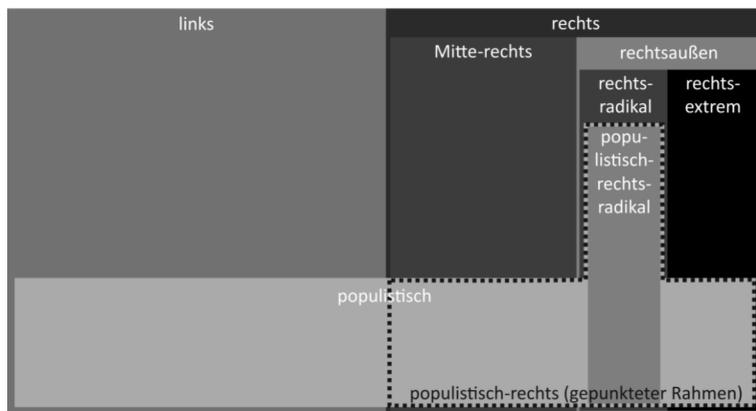
5 Den historischen Verlauf der Debatte in Österreich selbst hat Jeitler (2023) jüngst aufgearbeitet.

6 Die Selbstpositionierung der AfD, ihre Diffamierung von ‚Linksextremismus‘ (Fuhrmann 2019) und ihr generelles Spiel auf der Klaviatur des Normalismus – ‚Deutschland – aber normal‘ war das Motto des Wahlprogramms 2021 – wäre eine eigene Untersuchung wert.

7 Neben früheren Texten von Mudde bezieht sich Biskamp auf das englische Original „The far right today“, dessen deutsche Übersetzung hier angegeben ist.

8 So schreiben die Autoren in der Einleitung ihres Bandes: „Umstritten in der Populismus-Forschung bleiben die Abgrenzung von Rechts- und Linkspopulismus und das Verhältnis zum Extremismus“ (Decker et al. 2022: 14).

Abb. 3: Schema zur Klassifikation von Rechtsaußenparteien (Biskamp 2021: 35)



Zu sehen ist ein ‚Spektrum von links bis rechts‘ mit ‚Mitte-Rechtsparteien‘ und ‚Rechtsaußenparteien‘, die wiederum in ‚rechtsextreme‘ und gemäßigte nämlich ‚rechtsradikale‘ beziehungsweise weitgehend deckungsgleich ‚populistisch rechtsradikale‘ unterteilt werden. Biskamps Schema entspricht damit exakt den bekannten Grundstrukturen des Normalitätsdispositivs beziehungsweise des Hufeisenschemas, was er auch selbstkritisch anmerkt und als Nachteil benennt (Biskamp 2021: 31). Dessen ungeachtet zeigt das Schaubild, dass der Begriff des Populismus im politikwissenschaftlichen Sinne nicht mit seiner Funktion als ‚Grenzbereich‘ im normalistischen Spektrum identisch ist⁹. Populismus als Form von Elitenkritik bzw. als Artikulation nicht-repräsentierter Forderungen findet sich potenziell im gesamten Spektrum, wie der hellgraue Kasten unten verdeutlicht. Und der gepunktete Bereich zeigt mögliche Varianten von rechtem Populismus – etwa von Friedrich Merz (CDU) oder Christian Lindner (FDP) bis zu Björn Höcke (AfD). Dabei ist der Bereich, in den ‚rechtspopulistische Parteien‘ normalistisch eingeordnet werden, noch einmal eigens hervorgehoben, was Biskamp (übereinstimmend mit der hier vertretenen Analyse) als alltagsdiskursiv beschreibt: „Im Alltagsdiskurs ist die Verwendung des Wortes rechtspopulistisch dagegen weitgehend synonym mit dem, was in C. Muddes Schema die populistisch-rechtsradikalen Parteien sind“ beziehungsweise mit der ‚rechtspopulistischen Parteienfamilie‘ in der Terminologie von Decker et al. (2022: 13).

Mit den Pfeilen rechts unten zeichnet Biskamp (2021: 35) dann – stellvertretend für zahlreiche andere Texte zur Entwicklung der Partei unter den Vorsitzenden Lucke, Petry und Meuthen – die „Flugbahn der AfD im politischen Raum“ bis 2020 nach. Wenn die Entwicklung seither im normalistischen Schema fortgeschrieben werden sollte, müssten die Pfeile mittlerweile noch einmal deutlich nach rechts zeigen. Dafür sprechen die inhaltliche

⁹ Decker et al. (2022: 15) schreiben dazu: „Was das Verhältnis des Populismus zum Extremismus betrifft, hält sich bis heute hartnäckig das Missverständnis, beides seien verschiedene Paar Schuhe. Tatsächlich liegen die Begriffe aber auf unterschiedlichen Ebenen, sodass sie als Attribute einander nicht ausschließen. Der Populismus stellt mit anderen Worten keine ‚mildere‘ Form des Extremismus dar, auch wenn er – wie unter anderem das Beispiel der AfD zeigt – mit einer extremistischen Ausrichtung zusammengehen kann.“ Nur eine Seite weiter werden dann aber „die rechtsextreme Jobbik“ und die „gemäßigtere Fidesz“ kontrastiert, wobei letztere als „Vertreterin der rechtspopulistischen Parteienfamilie“ (Decker et al. 2022.: 16) vorgestellt wird. Dies entspricht wiederum der normalistischen Nutzung des Populismusbegriffs, die zuvor zurückgewiesen wurde.

und personelle Entwicklung auf den letzten Parteitag mit dem vorläufigen Höhepunkt beim Europaparteitag 2023, auf dem programmatisch die Abwicklung der EU und personell die Nominierung des völkischen Hardliners Kraus zum Spitzenkandidaten beschlossen wurde. Zudem wird die künftige wissenschaftliche Kategorisierungsdebatte wohl nicht unberührt davon bleiben, dass der Inlandsgeheimdienst mehr und mehr Teile der Partei als ‚gesichert rechtsextrem‘ einstuft und die Gesamtpartei mittlerweile gerichtsfest als rechtsextremistischen Verdachtsfall einstufen darf¹⁰. Der Begriff der Radikalisierung, mit der diese innerparteiliche Entwicklung meist beschrieben wird, hat in den vergangenen beiden Jahrzehnten ebenfalls einen erstaunlichen Boom erfahren.

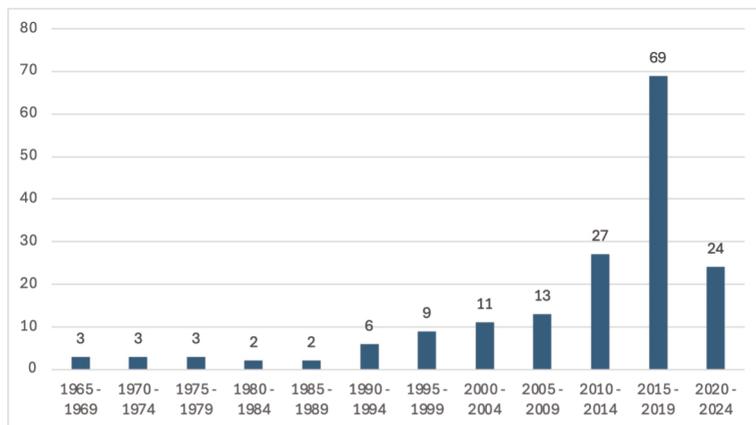
3 Radikalisierung

Mitte 2024 finden sich im Katalog der DNB 174 Bücher mit dem Wort ‚Radikalisierung‘ im Titel. Die ersten zehn dieser Bücher erschienen im Zeitraum vor 1980 mit Schwerpunkt auf den 1970er-Jahren (Abb. 4). Darunter sind zwei gedruckte Vorträge aus dem Jahr 1971, die sich auf die Studierendenrevolte beziehen sowie ein Buch mit dem Titel „Radikalisierung der Christdemokraten. Vom parlamentarischen Konservatismus zum Rechtsradikalismus“, der an Natascha Strobls Konzept des ‚Radikalisierten Konservatismus‘ (s. u.) erinnert. Die wenigen Titel, die von den 1980er-Jahren bis in die frühen 2000er-Jahre erschienen, verwenden das Wort in Kontexten, die nichts mit dem hier untersuchten Gegenstand zu tun haben¹¹. Demgegenüber ist ein deutlicher Boom des Themas Radikalisierung seit knapp 20 Jahren zu erkennen, der mit Auftreten des dschihadistischen Terrors in westlichen Staaten zusammenhängt. Mehr als Zweidrittel der Buchtitel mit dem Wort Radikalisierung erschien in den letzten knapp 15 Jahren. 2006 erschien das erste Buch zum Thema Radikalisierung, das mit dem Schlagwort Islam* und/oder Dschihad* versehen ist und das gilt für 27 Prozent der seither erschienenen Bücher. Mit rechts* sind seither 13 Prozent verschlagwortet und mit links* 5 Prozent, wobei letztere überwiegend extremismustheoretisch ausgerichtet sind.

10 Auf diese Entwicklung, die auf Bundesebene bekanntermaßen auch mit dem Wechsel von Maaßen zu Haldenwang als Präsident des Bundesamtes zu tun hat (Schroeder/Weßels 2023: 30–40), kann hier nicht weiter eingegangen werden.

11 Außer Acht gelassen wurden hier auch historische Untersuchungen, etwa zur regionalen Entwicklung im NS oder zum Verlauf der Französischen Revolution.

Abb. 4: Neuerscheinungen mit Radikalisierung im Titel laut Katalog der Deutschen Nationalbibliothek (Stand: Mai 2024)



So wie die Entstehung des Extremismuskonzeptes in den 1970er-Jahren durch die 1968er-Revolution und seine Stabilisierung in den 1980er-Jahren durch eine Konjunktur nationalistischer Parteien und Bewegungen geprägt war, so ist die heutige Omnipräsenz von Radikalisierung und De-Radikalisierung durch die Konjunktur des Dschihadismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts geprägt.

Nadine Jukschat und Katharina Leimbach (2020: 339) haben diesbezüglich herausgestellt, wie Radikalisierung durch „das Zusammenwirken politischer Interessen, Praktiken der Institutionen sozialer Hilfe und sozialer Kontrolle, medialer Konstruktionen und der Wissenschaftspraxis [...] zu einem hegemonialen Paradigma avanciert“ ist. Sie heben dabei die Bedeutung der Forschungsförderung und die Indienstnahme der Wissenschaft für sicherheitspolitische Interessen hervor. In der Praxis führt das Radikalisierungs-Paradigma zu einer inadäquaten Verengung des Blickes auf die untersuchten Phänomene, wie die Autorinnen anhand ihrer eigenen Forschungserfahrungen mit inhaftierten Straftätern zeigen. Weiterhin halten sie fest, dass „das Extremismuskonzept mit seiner hufeisenförmigen Gesellschaftsvorstellung letztlich theoretischer Bezugspunkt“ (Jukschat/Leimbach 2020: 338) im Hintergrund ist. Auch Anja Schmidt-Kleinert (2023: 107) betont, dass dem Konzept „letztlich die Vorstellung einer Entwicklung – einer ‚Radikalisierung‘ – weg von der ‚normalen‘ gesellschaftlichen Mitte hin zu einem ‚kognitiven‘ bzw. ‚gewaltbereiten‘ ‚Extremismus‘, der gesellschaftliche ‚Normalität‘ gefährdet, zugrunde“ liegt.

Einmal mehr zeigt sich also die enorme Wirkung des Normalitätsdispositivs bei der spontanen Einordnung neuartiger gesellschaftlicher Entwicklungen¹². Dabei sind erneut die vielfach kritisierten inhaltlichen Unzulänglichkeiten der Extremismus-Theorie zu beobachten,

12 Bei der Kritik am Radikalisierungsparadigma geht es freilich nicht um „eine Absage an eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Fragen nach den Motiven für die Hinwendung zu gewaltbereiten, menschenverachtenden Szenen, der Genese antidemokratischer Orientierungen“ oder ähnliches, sondern darum, dass diese „schwerlich angemessen mit einer Differenzen einebnenden, monoparadigmatischen Apparat wie dem hegemonialen Radikalisierungsparadigma mit seinen starken Vorannahmen erfasst werden können, noch dazu, wenn diese problematischen gesellschaftlichen Prozessen und Dynamiken (etwa der Versicherheitlichung, der Individualisierung von sozialen Problemen, der Stigmatisierung bestimmter Personengruppen etc.) Vorschub leistet.“ (Jukschat/Leimbach 2020: 351)

denn das Sprechen über Dschihadismus geht vielfach mit Seitenbemerkungen über rechte und linke Politiken einher¹³. In aller Klarheit hat Peter Neumann¹⁴ diesen Zusammenhang in seinem Aufsatz „Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus“ auf den Punkt gebracht, der in einer Ausgabe von „Aus Politik und Zeitgeschichte“ zum Thema „Deradikalisierung“ erschien: „Der Prozess, durch den [Personen] zu Extremisten wurden, war ihre Radikalisierung“ (Neumann 2013: 3) und „Deradikalisierung“ bezeichnet dementsprechend die „Umkehrung des Prozesses, durch den eine Person zum Extremisten wurde“ (Neumann 2013: 7). Mit anderen Worten geht es beim Thema Radikalisierung um eine Entwicklung, an deren Ende sich Personen wahlweise „als Soldaten im Dienste der ‚nationalen Revolution‘, ‚Gottes‘ oder ‚der Arbeiterklasse‘“ verstehen (Neumann 2013: 5). „Was genau dieser Prozess beinhaltet und womit er endet, ist unter Wissenschaftlern umstritten, nicht aber, dass es sich um einen Prozess – also eine Anzahl von Vorgängen, die sich über einen gewissen Zeitraum hinweg abspielen – handelt“ (Neumann 2013: 3). Dementsprechend kommen hier Kollektivsymbole wie das „Fließband“ oder das „Treppenhaus“ (Neumann 2013: 3) zum Tragen, in denen dann Bilder der Radikalisierung beziehungsweise Deradikalisierung gezeichnet werden. Es geht um das „Abrutschen“ und „Möglichkeiten zum Ausstieg“ (Neumann 2013: 10) oder auch darum „ein ‚Gegengift‘ zu finden, das heißt: einen positiven Einfluss, der der Wirkung des negativen Einflusses entgegensteht oder sie aufhebt“ (Neumann 2013: 7). Weiterhin unterscheidet Neumann (2013: 4–5) den „Begriff des ‚kognitiven Extremismus‘“ vom „Gewaltbereiten Extremismus“. In diesem Zusammenhang legt er den Modus Operandi des politischen Normalitätsdispositivs offen, indem er die Relativität der positiven und negativen Wertung bestimmter Positionen betont: „Die Worte ‚radikal‘ und ‚extrem‘ als Bezeichnung für bestimmte Ideen, Ziele und Wertvorstellungen besitzen keine universelle Gültigkeit. Sie setzen ein Wissen darüber voraus, was in einer bestimmten Gesellschaft oder zu einem gewissen Zeitpunkt als ‚moderat‘ oder ‚Mainstream‘ [oder ‚normal‘] gilt. Was die eine Gesellschaft für ‚radikal‘ hält, das gehört in einer anderen zum allgemeinen Konsens. Und was heute als ‚extremistisch‘ gilt, ist vielleicht morgen schon unverrückbarer Teil der staatlichen Ordnung.“ (Neumann 2013: 3: 4) Der Aufsatz von Neumann gehört mittlerweile zum Kanon in Sachen Radikalisierung. Eva Groß (2024) führt ihn in ihrem Aufsatz zu „rechtsgerichteter online Radikalisierung“ im neuen Handbuch Rechtsextremismus ebenso an wie Matthias Quent (2016) im Begriffskapitel seiner Dissertation zur Entstehung des NSU.

Groß (2024: 2) definiert Radikalisierung „in Anlehnung an Neumann (2013) als eine fortlaufend stärkere Abkehr von allgemeingültigen sozialen Normen [...] hin zu einer sukzessiven Akzeptanz von Gewalt bei der Durchsetzung ideologischer und politischer Ziele“. Sie verknüpft dies mit dem „international etablierte[n] Konzept der ‚Far-Right‘ [...], das im Gegensatz zum engeren Begriff des Rechtsextremismus ein facettenreicheres Feld aus

13 Ein Beispiel dafür ist das von der Bundeszentrale für politische Bildung vertriebenen Buch „Radikalisierung“ von Farhad Khosrokhavar (2016) dessen zentrales Thema der Dschihadismus ist und das vom Autor ebenso wie von Claus Leggewie im Vorwort ohne erkennbaren Grund mit Exkursen (‘anarchistischer Terror im 19. Jahrhundert’) und Seitenbemerkungen zu ‚Rechtsextremismus‘ oder ‚linksextremer Gewalt‘ versehen wird.

14 Neumanns institutioneller Hintergrund verdeutlicht den sicherheitspolitischen Kontext, in dem der sozialwissenschaftliche Radikalisierungsboom zu verorten ist. Er ist CDU-Mitglied und war Gründungsdirektor des International Center for the Study of Radicalisation (ICSR), einer Forschungseinrichtung, die 2008 auf einer „Conference on Radicalisation and Political Violence in London“ gegründet wurde, auf der unter anderem die damalige britische Innenministerin eine Rede zu geplanten Maßnahmen gegen Terrorismus hielt. 2015 hat Neumann „Die neuen Dschihadisten. IS, Europa und die nächste Welle des Terrorismus“ bei Ullstein veröffentlicht und 2023 „Logik der Angst. Die rechtsextreme Gefahr und ihre Wurzeln“ bei Rohwolt. Bei der Bundestagswahl 2021 war er als Experte für Sicherheitsfragen Mitglied von Armin Laschets Schattenkabinett.

Ideologien, Personen und Gruppierungen“ (Groß 2024: 3) umfasse. Zugleich bezeichnet sie Neonazis mit einem Zitat aus einem Buch Neumanns als „Pioniere des extremistischen Internets“ (Groß 2024: 2) und fasst aktuelle „Forschungen zu Radikalisierungsprozessen“ dahingehend zusammen, „dass extremistische Radikalisierungen nicht einfach als ideologische Mobilisierung oder rein kognitive Entwicklung spezifischer Weltanschauungen verstanden werden können“ (Groß 2024: 5). Auch hier wirken offenkundig die Regeln des Normalitätsdispositivs.

Quent (2019: 34) zitiert Neumanns Definition ebenfalls im Rahmen seiner Aufarbeitung des Forschungsstandes zum Thema Radikalisierung. Er setzt sich anschließend jedoch ausführlich mit den problematischen Implikationen extremismustheoretischer Modelle auseinander (Quent 2019: 39–45) und präsentiert schließlich, ausgehend von soziologischen Überlegungen, das Modell einer Radikalisierungspyramide zur Entstehung politischer Gewaltgruppen (Abb. 5.). Diese Pyramide reicht von der breiten Basis gesellschaftlicher Makrostrukturen über die Mesoebene politischer Bewegungen und Subkulturen bis hin zur Spitze der Mikroebene in Form gewalttätiger Kleingruppen und Einzelpersonen. Die individuelle Radikalisierung verläuft demnach von der breiten gesellschaftlichen Basis nach oben zur Spitze. Damit liegt das Modell auch auf der bildhaften Ebene quer zur normalistischen Symbolik (Abb. 6), in deren Zentrum die Unterscheidung politischer Normalität/Anormalität auf der horizontalen Rechts-links-Achse liegt. Dies gilt auch für Heitmeyers ‚Zwiebelmodell‘ (Abb. 7), das auf der symbolischen Unterscheidung von unterschiedlichen Schalen beruht, von der größten Schicht gruppenbezogen-menschenfeindlicher Einstellungsebene ganz außen bis hin zum kleinen inneren Kern terroristischer Gruppen. Deutlich zu erkennen ist die normalistische Symbolik hingegen erneut in einer Abbildung Ben Slammas aus dem Handbuch Extremismusprävention des Bundeskriminalamtes (Abb. 8). Hier wird eine Entwicklung von der Vorradikalisierung in der Mitte über verschiedene Stufen wie die Radikalisierung und die gewalttätige Radikalisierung bis hin zum dauerhaften Engagement ganz außen gezeichnet, während die gegenläufige Bewegung über die Stufen Disengagement und Deradikalisierung auf der horizontalen Achse zurück in die Mitte führt. Hier tritt die normalistische Konnotation von ‚Radikalisierung‘, die in den soziologischen Modellen Quents und Heitmeyers konterkariert wird, erneut in den Vordergrund.

Allen bisher betrachteten Ansätzen ist gemeinsam, dass es jeweils um die individuelle ‚Radikalisierung‘ geht – von der Übernahme bestimmter Positionen bis hin zur Anwendung von (terroristischer) Gewalt. In einem anderen Sinne nutzt Natascha Strobl (2021) den Begriff in ihrem Buch „Radikalisierte Konservatismus“: Sie geht von inhaltlichen

Abb. 5: Modell einer Radikalisierungspyramide zur Entstehung politischer Gewaltgruppen (Quent 2019: 51)

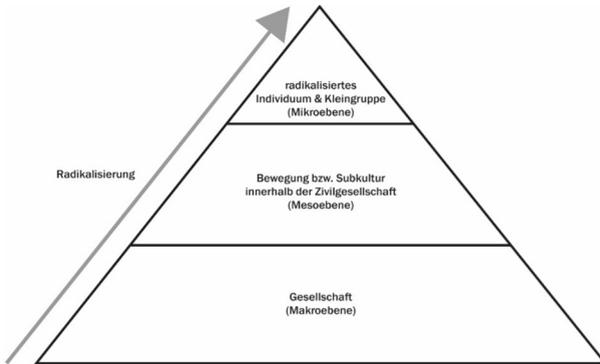


Abb. 6: Normalistische Kollektivsymbolik (Link 2006: 366)

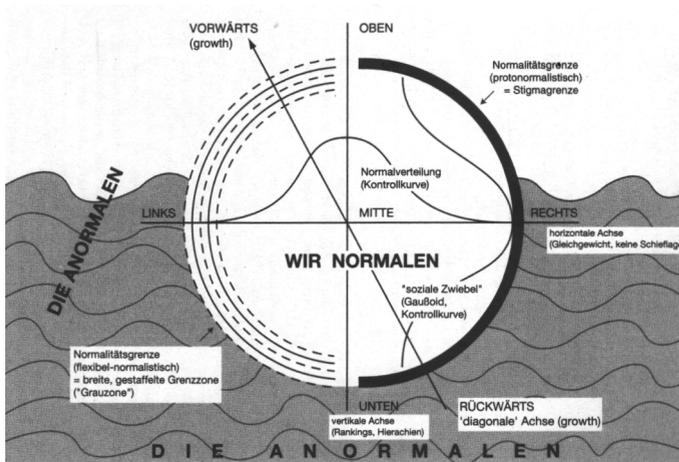


Abb. 7: Das Eskalationskontinuum (Heitmeyer 2018: 356)

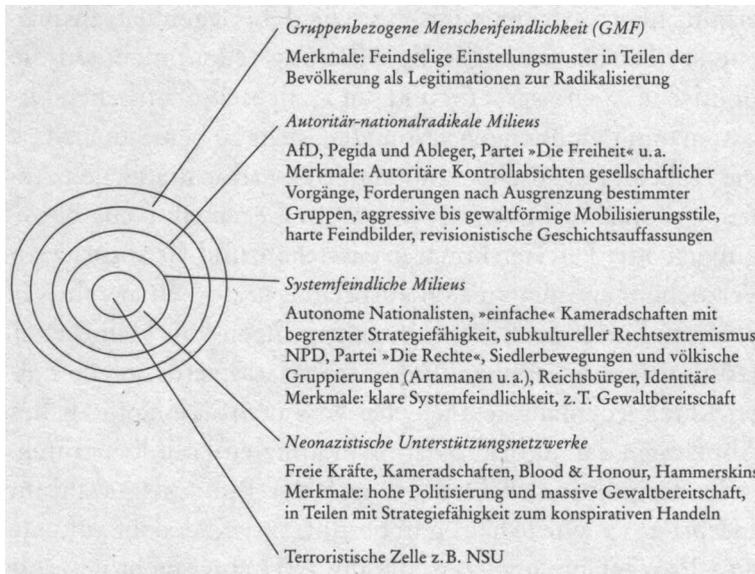
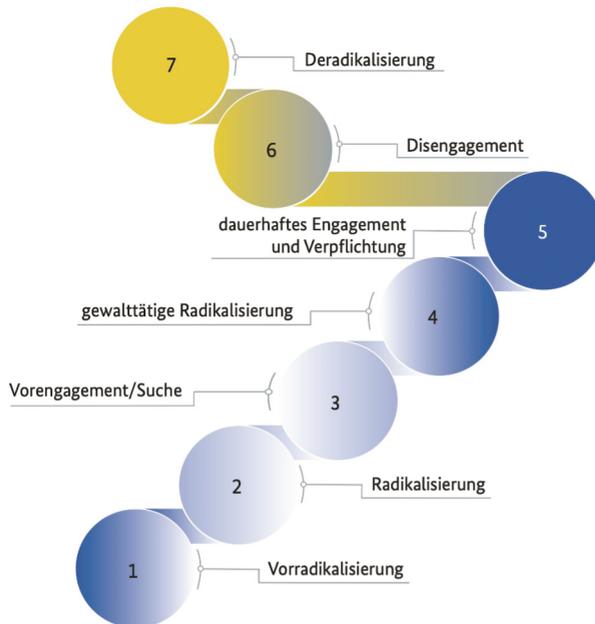


Abb. 8: Stadien eines Radikalisierungsprozesses (Ben Slama 2020: S. 332)



Definitionen von Konservatismus und verschiedenen Strömungen der „extremen Rechten“ (Strobl 2021: 29) aus und untersucht Verschiebungen in diesem Bereich der politischen Ideologien.

„Im Gegensatz zum klassischen Konservatismus streben rechtsextreme Parteien eine schnelle und umfassende Transformation der Gesellschaft an. Konservative Parteien dagegen möchten des Status quo aufrechterhalten bzw. nur behutsam ändern. Wo sie [...] eine Bewegung hin zum Rechtsextremismus vollziehen, entsteht der radikalisierte Konservatismus.“ (Strobl 2021: 30)

Das Konzept zielt auf die „Transformation konservativer Großparteien“ wie der ÖVP in Österreich und der Republikaner in den USA, die sich lange Zeit selbst als „catch-all-Parteien [...] Mitte-Rechts“ (Strobl 2021: 30 f.) im politischen Spektrum verortet hatten. Auch das ist ein Spiel auf der Rechts-Mitte-Links-Klaviatur und dazu passend wird der Band durch die Thematisierung von Normalität in der Einleitung und im Nachwort gerahmt. Der „Ausnahmestatus scheint zur Normalität geworden zu sein“ (Strobl 2021: 7) heißt es gleich zu Beginn und am Ende wird der zentrale Befund der Analyse in folgende Worte gefasst:

„An die Stelle der alten Normalität ist ein radikalisierte Konservatismus getreten, der keine Berührungsängste vor der traditionellen extremen Rechten kennt, aber mit den Ressourcen und Mitteln einer großen Partei agiert, die [...] als staatstragend wahrgenommen wird.“ (Strobl 2021: 148)

4 Normalisierung

In strikt normalistischer Terminologie reformuliert, beschreibt Strobl an den Beispielen USA/ Donald Trump und Österreich/Sebastian Kurz das ‚Extrem-werden des Normalen‘. Demgegenüber konstatieren die in der Einleitung zum vorliegenden Beitrag angesprochenen Texte das ‚Normal-werden des Extremen‘ in Gestalt der AfD und anderer ‚Außenseiter‘. So schreibt Paula Diehl (2022: 15), Co-Leiterin der Kooperationsgruppe ‚Die Normalisierung der extremen Rechten‘: „Rechtspopulistische und sogar rechtsextremistische Parteien [...] erscheinen als ‚ganz normale‘ politische Protagonisten“ und konstatiert in diesem Zusammenhang am Beispiel Frankreichs eine „Spirale von Normalisierung und Radikalisierung“ (Diehl 2022: 18):

„Durch die offene rechtsextremistische Ideologie von Zemmour erscheint Le Pens Populismus, der mit kalkulierten Ambivalenzen arbeitet, moderat. Gleichzeitig profitiert Zemmour von Le Pens Normalisierung rechtsradikaler Ideen.“ (Diehl 2022: 18)

Normalisierung finde aber auch unabhängig von konkreten Akteur:innen

„als Normverschiebung statt. [...] Kollektive und individuelle Parameter für gut oder schlecht, erstrebenswert oder abscheulich, sagbar oder unsagbar bewegen sich außerhalb der demokratischen Grenzen. [...] Es gibt einen Punkt, an dem die Gewöhnung an antidemokratische Ideen und Praktiken im Alltag so stark wird, dass sich die Normen von selbst verschieben.“ (Diehl 2022: 17)

Vor der Folie der Normalismustheorie lassen sich solche Bezugnahmen auf Normalität im Kontext der Rechtsextremismusforschung systematisieren.

Zunächst ist es dabei wichtig, zwischen Normalität und Normativität zu unterscheiden (Link 2006: 33 f.). Die infrage stehenden autoritär-nationalistischen Haltungen und Politiken sind von einem demokratisch-menschenrechtsorientierten Standpunkt aus sowie angesichts

der historischen Erfahrungen mit Faschismus und Nazismus in normativer Hinsicht inakzeptabel. Dennoch können sie im Sinne statistischer Streuungen normal sein (siehe Abschnitt 1). Und selbstverständlich versuchen nationalistische Akteur:innen, permanent ihre Kernideologeme weiterzuverbreiten. Darin unterscheiden sie sich nicht von anderen politischen Akteur:innen, wenngleich es in diesem Fall, aufgrund der genannten normativen Aspekte, in besonderer Weise darum geht, bestimmte Ideologeme zu enttabuisieren, sagbar zu machen und in diesem Sinne zu normalisieren¹⁵. So analysiert Heitmeyer (2018: 277–292) die gezielten Versuche einer Normalitätsverschiebung durch rechte Akteur:innen unter explizierter Bezugnahme auf die Normalismustheorie.

Die tatsächliche statistische Streuung der Ideologeme kann auf zweierlei Weise deutlich werden, erstens in Form von Meinungsumfragen bzw. wissenschaftlichen Einstellungsuntersuchungen. So wurde in den Studienreihen ‚Deutsche Zustände‘ und den ‚Mitte-Studien‘ seit der Jahrtausendwende ein ‚rechtsextremes‘ Einstellungspotenzial erhoben. Lange Zeit wurde dabei in Deutschland eine „Radikalisierung ohne politisches Angebot“ (Heitmeyer 2018: 203–218) festgestellt. Schließlich wurde aber die zweite Form relevant, in der sich breite statistische Streuungen zeigen können, nämlich die massenhafte Wahl entsprechender Parteien, im deutschen Fall der AfD (Heitmeyer 2018: 218–230). Wenn diese Zustimmung zu offensichtlich und zu permanent ist, bleibt normalistisch letztlich nur eine Neujustierung des Normalspektrums, also eine Verschiebung beziehungsweise Ausweitung nach rechts. Das bedeutet eine Normalisierung der entsprechenden Parteien, wie sie nicht zuletzt durch das Label rechtspopulistisch möglich wurde (siehe Abschnitt 2).

Möglich ist schließlich aber auch, die Normalisierung im Sinne des von Strobl beschriebenen Phänomens (siehe Abschnitt 3), dass etablierte Akteur:innen aus der ‚Mitte des Normalspektrums‘ (nationalistisch-autoritäre) Positionen vertreten, die zuvor auf ‚extreme Ränder‘ oder jedenfalls ‚suspekte Graubereiche‘ beziehungsweise ‚Außenseiter‘ beschränkt waren. Dementsprechend fasst Ruth Wodak (2018: 333) die von Strobl untersuchten Prozesse, unter Bezug auf die Normalismustheorie, als „stete Normalisierung nach rechts“ und betont mit ihrem Hinweis auf die „Schamlosigkeit“ (Wodak 2018: 330), die damit einhergehende Verschiebung der Grenzen sozialer Akzeptanz.

Im Kontext der Rechtsextremismusforschung ist die explizite Thematisierung von Normalisierung ein junges Phänomen. Bis Mitte 2024 finden sich gerade einmal 14 thematisch einschlägige Buchtitel mit recht* und normal* im Katalog der Deutschen Nationalbibliothek¹⁶. Interessanterweise enthält bereits das erste dieser Bücher, „Hitlers Schatten verblasst: die Normalisierung des Rechtsextremismus“ aus dem Jahr 1989, die gerade herausgestellten Aspekte von ‚Normalisierung‘ bezogen auf den damaligen Kontext, insbesondere die Wahlerfolge der Republikaner (Paul 1989: 11–13, 45–46). Ein Drittel der Bände erschien allerdings erst in der jüngsten Zeit, seit 2017, und erst hier finden sich wieder Formulierungen, die explizit auf eine ‚Normalisierung‘ verweisen¹⁷. Es deutet also einiges darauf hin, dass gegenwärtig mit ‚Normalisierung‘ die nächste normalistisch überdeterminierte Begriffskonjunktur zu beobachten ist, die durch ein diskursives Ereignis eingeleitet wird, nämlich durch die Wahlerfolge der AfD, so wie es schon beim ‚Rechtspopulismus‘ infolge der FPÖ-ÖVP-

15 Die (Ent-)Tabuisierung spielt jedoch auch in anderen normalistisch ausgetragenen Konflikten eine Rolle, beispielsweise im Bereich der sexuellen Praktiken oder auch des Drogenkonsums.

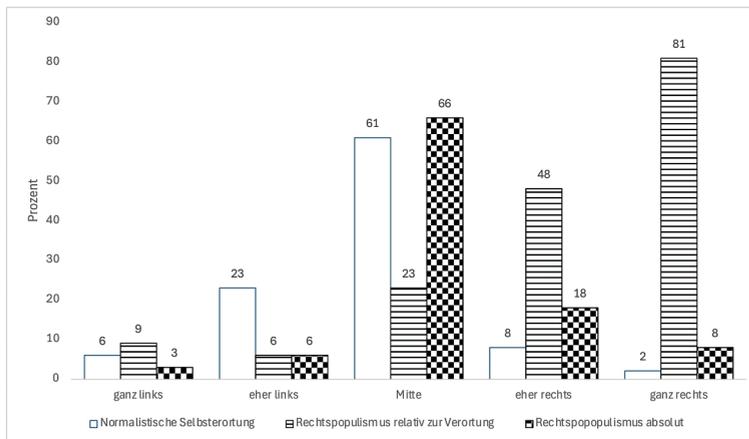
16 Ein Vielzahl aussortierter Treffer befasst sich mit Fragen des Rechts im juristischen Sinne.

17 Die entsprechenden Formulierungen lauten ‚neue Normalität?‘, ‚Normalisierung rechtsextremer und rechtspopulistischer Diskurse‘ (R. Wodak), ‚rechte Normalisierung‘ und schließlich ‚Rechtsextrem, das neue Normal?‘.

Koalition und bei der ‚Radikalisierung‘ als Reaktion auf den dschihadistischen Terror zu sehen war.

Daher sollen die Implikationen der Normalisierungsdiagnose abschließend an zwei aktuellen Beispielen aus der Einstellungsforschung und aus der politikwissenschaftlichen Einordnung der derzeitigen Situation beleuchtet werden. Als Beispiel für die Einstellungsforschung bietet sich die Mitte-Studie von 2018/19 an. Diese Studienreihe war aufgrund der zentralen Mitte-Symbolik schon immer symptomatisch für die normalistische Funktionsweise politischer Einstellungsforschung (Oppenhäuser 2011: 53). Im Jahr 2018/19 nimmt sie allerdings erstmals ausführlich Bezug auf den Begriff der Normalität (Zick/Küpper/Berghan 2019). Abbildung 9 zeigt eine eigene Darstellung von Daten aus dem Unterkapitel „Normalisierung des Rechtspopulismus?“ (Küpper/Berghan/Rees 2019). Zunächst sollten die Befragten sich selbst im normalistischen Spektrum – von ganz links über die Mitte bis ganz rechts – verorten. Anschließend wurden diese Verortungen mit der Zustimmung zu den Items einer Rechtspopulismus-Skala verglichen.

Abb. 9: Rechtspopulistische Einstellungen in normalistischer Darstellung, nach Daten von Küpper/Berghan/Rees (2019: 188 – 189)



Bei der Selbsterortung im politischen Spektrum zeigt sich eine erwartbare Verteilung, über die eine Normalverteilungskurve gelegt werden könnte. Die hellen Balken zeigen schmale Ränder rechts und links, denen eine breite Mitte gegenübersteht. Dann prüfen die Autor:innen aber, wie viele derjenigen, die sich so verortet haben, jeweils als rechtspopulistisch einzuordnen sind. Zunächst ist es plausibel, dass die Werte beziehungsweise die gestreiften Balken von links nach rechts ansteigen. Bemerkenswert ist, dass ein knappes Viertel derjenigen, die sich in der Mitte verorten, als rechtspopulistisch einzuordnen ist. Die karierten Balken schließlich zeigen, wie die Gesamtheit der Rechtspopulist:innen in Relation zu ihrer Selbsterortung verteilt ist. Auch hier ist annähernd eine Normalverteilung zu erkennen. Mehr als 65 Prozent derjenigen, die gemäß der entsprechenden Skala als rechtspopulistisch einzuordnen sind, positionieren sich selbst genau in der Mitte des politischen Spektrums. Dieser Befund steht also in deutlichem Widerspruch zur normalistischen Einordnung von ‚Rechts-

populismus‘ als problematischer ‚Grenzregion zum Extremismus‘. Die Autor:innen haben diese letzte Verteilung so gar nicht explizit beschrieben¹⁸, aber ihr Befund, dass ‚Rechtspopulismus in der Mitte normalisiert ist‘, ergibt sich tatsächlich zwingend aus den normalistischen Regeln, denen die Studie folgt.

Letztlich zeigt sich hier deutlich, was schon immer der kritische Impuls der Mitte-Studien war, dass nämlich die fraglichen Haltungen kein Problem eines ‚extremen Randes‘, sondern gesellschaftlich weit verbreitet sind. Was sich im vergangenen Jahrzehnt entscheidend geändert hat, ist die parteiförmige Repräsentanz dieser Haltungen, die mit ihrer verstärkten medialen Präsenz einhergeht, sowie mit Anreizen für etablierte Parteien, diese Haltungen ebenfalls verstärkt zu bedienen. Cas Mudde (2020: 215, 2008) greift in diesem Zusammenhang die Figur der ‚normalen Pathologie‘ von Scheuch-Klingemann auf, die besagt, dass „die äußerste Rechte [...] nur in einer kleinen Minderheit der Bevölkerung Zuspruch“ finde¹⁹. Dies treffe allerdings allenfalls noch auf „die extreme Rechte“ (Mudde 2020: 215) zu.

„Die radikal populistische Rechte gleicht dagegen eher einer pathologischen Normalität, also einer Radikalisierung von Mainstream-Werten, unterstützt von einer beträchtlichen Minderheit, wenn nicht gar von einer relativen oder absoluten Mehrheit.“ (Mudde 2020: 216)

In den späten 1960er-Jahren lautete die Botschaft von Scheuch-Klingemann, dass die extremen beziehungsweise pathologischen Ränder des politischen Spektrums als solche durchaus normal seien (vgl. Oppenhäuser 2011: 48). Dagegen ist die Diagnose einer insgesamt pathologisch gewordenen Normalität von Mudde und anderen durchaus beunruhigend.

5 Schluss

Die Rede von der Normalisierung rechter Ideologie ist zweifellos ein Ausdruck realer Prozesse. Parteien wie die AfD oder Politiker:innen wie Donald Trump bringen Haltungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verstärkt zum Ausdruck und verbinden dies mit Politiken, die auf einen autoritären Umbau des Staates zielen, der mancherorts bereits zu beobachten ist. Trotz aller kritischen Absicht läuft die Normalisierungsdiagnose aber letztlich darauf hinaus, genau diesen Zustand zur (neuen) Normalität zu erklären. Wer in einer normalistischen Kultur etwas als normal(isiert) erscheinen lässt, hat sich bereits damit abgefunden. Das heißt freilich nicht, die Augen vor den gesellschaftlichen Verhältnissen zu verschließen und so zu tun, als gäbe es keine Wahlerfolge einer autoritär-nationalistischen Rechten, keine alltägliche Gewalt und ähnliches. Aber theoretisch-konzeptionell braucht es nicht zwingend einen Rückgriff auf den Normalismus, der sich am Ende als fatal erweisen könnte. Denn „Faschisierungsdynamiken lassen sich nicht kontrollieren. Einmal normalisiert, breitet sich faschistisches Denken in der Gesellschaft aus. So nähert man sich schnell einem *point of no return*“ (Strobl 2021: 149). Auf der anderen Seite ist es aber auch befreiend zu wissen, dass die Orientierung an Normalität nicht zwingend ist. Weder ist es erstrebenswert, zu einer ‚verklärten Normalität zurückzukehren‘ (Strobl 2021: 147), die doch die aktuelle Situation erst hervorgebracht hat. Noch ist es notwendig, diese Situation zur neuen Normalität

18 Die entsprechenden Werte wurden für den vorliegenden Text umgerechnet.

19 Muddes Terminologie einer ‚äußersten Rechten‘, die sich in eine ‚extreme Rechte‘ und eine ‚radikal-populistische Rechte‘ unterteilt, wurde in Abschnitt 2 im Zusammenhang mit der Einordnung der AfD behandelt (Abb. 3).

zu erklären. Vielmehr können die infrage stehenden Phänomene als das beschrieben werden, was sie inhaltlich erklärtermaßen sind, nämlich autoritär, nationalistisch und in verschiedenen konkret benennbaren Ausprägungen menschenfeindlich. Und bei aller Tristesse kann sich der analytische Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse immer auch davon leiten lassen „wie die Welt eigentlich aussehen könnte“ (Strobl 2021: 149) und nicht von dem, was vermeintlich normal ist.

Literatur

- Ben Slama, Brahim (2020). Die psychologische Dimension von Radikalität, Extremismus und Terrorismus. In Brahim Ben Slama & Uwe Kemmesies (Hrsg.): Handbuch Extremismusprävention. Gesamtgesellschaftlich. Phänomenübergreifend (S. 313–350). Wiesbaden: Bundeskriminalamt.
- Berendsen, Eva; Rhein, Katharina & Uhlig, Tom (Hrsg.). (2019). Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Biskamp, Floris (2021). Extrem populistisch? Über die Kategorisierung von Rechtsaußenparteien und die Einordnung der AfD. In Julian Sehmer, Stephanie Simon, Jennifer Ten Elsen & Felix Thiele (Hrsg.): recht extrem? Dynamiken in zivilgesellschaftlichen Räumen (S. 21–37). Wiesbaden: Springer VS.
- Decker, Frank; Henningsen, Bernd; Lewandowsky, Marcel & Adorf, Philipp (Hrsg.). (2022). Aufstand der Außenseiter. Die Herausforderungen der europäischen Politik durch den neuen Populismus. Baden-Baden: Nomos.
- Diehl, Paula (2022). Ist das schon normal? Zur Gewöhnung an rechtsradikales Denken. Neue Gesellschaft, Frankfurter Hefte, 69 (12), S. 1519.
- Dubiel, Helmut (Hrsg.). (1986). Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- FKR – Forum für kritische Rechtsextremismusforschung (Hrsg.). 2011. Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden: Spinger VS.
- Foucault, Michel (1978). Dispositive der Macht. Berlin: Merve.
- Fuhrmann, Maximilian (2019). Die AfD und das Extremismuskonzept. Geschwister im Geiste. In Barbara Dunkel, Christoph Gollasch, Kai Padberg (Hrsg.). Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen (S. 125–140). Berlin: Universitätsverlag der TU Berlin.
- Grimm, Marc (2018). Rechtsextremismus. Zur Genese und Durchsetzung eines Konzepts. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Groß, Eva (2024). Echtzeiten rechter Radikalisierung. Ein Überblick zum Erkenntnisstand rechtsgerichteter online Radikalisierung. In Fabian Virchow, Anke Hoffstadt, Cordelia Heß & Alexander Häusler (Hrsg.). Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer VS. DOI https://doi.org/10.1007/978-3-658-38373-2_66-1
- Heitmeyer, Wilhelm (2018). Autoritäre Versuchungen. Berlin: Suhrkamp.
- Jeitler, Constanze (2023) Autoritär? Rechtsextrem? Populistisch? Die sozialwissenschaftliche und zeithistorische Forschung zum Rechtsextremismus in Österreich von den 1970er bis zu den 1990er-Jahren. Zeitgeschichte 50 (4), S. 541–61.
- Jukschat, Nadine & Leimbach, Katharina (2020). Radikalisierung oder die Hegemonie eines Paradigmas – Irritationspotenziale einer biografischen Fallstudie. Zeitschrift für Soziologie, 49 (5–6), S. 335–355.
- Khosrokhavar, Farhad (2016). Radikalisierung. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm & Rees, Jonas H. (2019) Aufputzen von Rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte. In Andreas Zick, Beate Küpper & Wilhelm Berghan (Hrsg.).

- Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19 (S. 173–202). Bonn: J. H. W. Dietz Nachf.
- Lewandowsky, Marcel (2015). Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 25 (1), S. 119–134.
- Link, Jürgen (2002). Rechtspopulismus? Über einige diskurstaktische Probleme beim Bekämpfen des Neorassismus unter normalistischen Verhältnissen. In Alex Demirovic, Manuela Bojadzic (Hrsg.). *Konjunkturen des Rassismus* (S. 197–212). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Link, Jürgen (2006). *Versuch über den Normalismus* (3. überarbeitete Aufl.). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Link, Jürgen (2008). Diskurstheoretische Überlegungen zur neuesten Konjunktur des ‚Populismus‘-Begriffs. In Richard Faber & Frank Unger (Hrsg.). *Populismus in Geschichte und Gegenwart* (S. 17–30). Würzburg: Königshausen & Neumann.
- Link, Jürgen (2020). Populismus aus normalismus- und antagonismustheoretischer Sicht. In Seongcheol Kim & Aristotelis Agridopoulos (Hrsg.). *Populismus, Diskurs, Staat* (S. 79–100). Baden-Baden: Nomos.
- Möller, Kolja (Hrsg.). (2022). *Populismus. Ein Reader*. Berlin: Suhrkamp.
- Mudde, Cas (2008). *The populist radical right: A pathological normalcy*. Willy Brandt series of Working Papers in International Migration and ethnic Relations 3/07. Malmö: Malmö Institute for Studies of Migration, Diversity and Welfare (MIM).
- Mudde, Cas (2020). *Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit*. Bonn: Dietz.
- Neumann, Peter (2013). Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63, (29–31), S. 3–10.
- Oppenhäuser, Holger (2011). Das Extremismus-Konzept und die Produktion politischer Normalität. In *Forum für kritische Rechtsextremismusforschung* (Hrsg.): *Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells* (S. 79–100). Wiesbaden: Springer VS.
- Paul, Gerhard (1989). Der Schatten Hitlers verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus in den achtziger Jahren. In Gerhard Paul (Hrsg.): *Hitlers Schatten verblasst. Die Normalisierung des Rechtsextremismus* (S. 11–48). Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.
- Quent, Matthias (2019). *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät* (2. überarb. Auflage). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- Schmidt-Kleinert, Anja (2023). Radikalisierung aus Sicht der Wissenschaft. In *Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit*, 8 (2), S. 104–108.
- Schroeder, Wolfgang & Weßels, Bernhard (2023). *Radikalisiert und etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024*. Frankfurt/M: Otto Brenner Stiftung.
- Strobl, Natascha (2021). *Radikalisierte Konservatismus. Eine Analyse*. Berlin: Suhrkamp.
- Virchow, Fabian (2017). ‚Rechtsextremismus‘. Begriffe – Forschungsfelder – Kontroversen. In Fabian Virchow, Martin Langebach & Alexander Häusler (Hrsg.). *Handbuch Rechtsextremismus* (S. 5–41). Wiesbaden 2016: Springer VS.
- Virchow, Fabian; Hoffstadt, Anke; Heß, Cordelia & Häusler, Alexander (Hrsg.). (2024). *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS. DOI <https://doi.org/10.1007/978-3-658-38373-2>
- Virchow, Fabian; Langebach, Martin; Häusler, Alexander (Hrsg.). (2016). *Handbuch Rechtsextremismus*. Wiesbaden: Springer VS.
- Wodak, Ruth (2018). Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. In *Politische Vierteljahresschrift* (59), S. 323–335. DOI <https://doi.org/10.1007/s11615-018-0079-7>
- Zick, Andreas; Küpper, Beate & Berghan, Wilhelm (2019). Zerreißen und Normalitätsverluste der Gesellschaft – eine Hinführung zur Mitte-Studie. In Andreas Zick, Beate Küpper & Wilhelm Berghan (Hrsg.): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 15–40). Bonn: J. H. W. Dietz Nachf.

